

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwaltung: Prag II, Keltánova 18 • Tel.: 30705, 31409, Nachred. (ab 21 Uhr): 33556 • Postfach: 37544

12 Jahrgang.

Dienstag, 18. Oktober 1932

Nr 246.

Genosse Dr. Czech heute in Lana.

Prag, 17. Oktober. Der Präsident der Republik hat heute in Fortsetzung der seit Tagen geführten politischen Konferenzen am Vormittag die Vorsitzenden der beiden Kammern Malypetr und Dr. Soukup, am Nachmittag zunächst den Abgeordneten Jezek als Vertreter der Nationaldemokraten und dann für die tschechischen Agrarier Stanek und Beran empfangen.

Für morgen ist als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie Genosse Dr. Czech nach Lana geladen worden. Auch Minister Dr. Spina soll morgen als Vertreter der Landbündler empfangen werden.

Mit der Demission Udrzals wird in der Presse bereits ziemlich sicher gerechnet. Ueber die Samstagige Unterredung der Minister Bechunz und Bradas mit dem kranken Premier in Karlsbad schreibt das „Právo Lidu“, daß die einseitige, freundschaftliche Unterredung eine Klärung der Lage ermöglichte und die Lösung der schwierigen Probleme in der Innenpolitik ungewöhnlich erleichterte. Die folgende Unterredung der beiden Minister mit dem Präsidenten in Lana über die weitere Regelung der öffentlichen Angelegenheiten habe einen erfolgreichen Verlauf genommen.

Die Rekonstruktion des Kabinetts wird kaum vor Freitag erfolgen; für diesen Tag ist ein Ministerrat einberufen. Die Parlamentsöffnung am Donnerstag wird jedenfalls noch unter dem Vorsitz Malypetr's erfolgen.

Die kommunistische Opposition kehrt zur Sozialdemokratie zurück. Einigungskonferenz in Prag.

Am Sonntag fand im Prager Gewerkschaftshaus eine gemeinsame Konferenz der kommunistischen Opposition und der tschechischen sozialdemokratischen Partei statt, in welcher der von den einzelnen Organisationen der kommunistischen Opposition bereits vorher genehmigte Eintritt in die sozialdemokratische Partei nunmehr auch formal vollzogen wurde. Die Tagung wurde mit einleitenden Worten des Genossen A. Muna eröffnet, worauf der gewählte Vorsitzende Genosse Sais die Tagung mit einer Ansprache einleitete und die Grüße des alten Vorläufers der Arbeiterschaft Benzel Sture überbrachte. Nach dem Sprach für die tschechische sozialdemokratische Partei Genosse Dunder, worauf das Hauptreferat von Gen. D. Berger erstattet wurde. Einmütig wurde davon Abstand genommen eine Debatte abzuführen, da die Beschlüsse der Tagung infolge der vorherigen Annahme durch die Parteiorganisation bereits festgelegt und eine Aussprache daher nicht notwendig war. Der Vorsitzende der tschechischen sozialdemokratischen Partei Genosse A. Hampl erklärte, er sehe am liebsten auch die Einigung der beiden großen sozialistischen Parteien bereits vollzogen, ohne Rücksicht darauf, daß die kommunistische Presse ihre Angriffe jetzt noch steigere. Die Sozialdemokratie ist zur Sozialdemokratie positiv eingestellt und wirft der kommunistischen Internationale nur vor, daß sie besser wäre, einen Weg zur Verständigung mit der internationalen Sozialdemokratie zu suchen.

In der Resolution, welche einstimmig angenommen wurde, heißt es u. a.:

„Deute, wo die schädliche Politik der A.P.C. und der K.A. die kommunistische Bewegung politisch machtlos und zu einem negativen Faktor im Klassenkampf macht, wo die Hoffnungen auf Änderung der offiziellen Politik der A.P.C. scheitern, wolle die Aufrechterhaltung einer selbständigen oppositionellen Richtung unbegründet. Außerordentliche Verhältnisse verlangen außerordentliche Vorkehrungen. Die Reichskonferenz der kommunistischen Opposition nimmt dabei die Befriedigung des politischen Ergebnisses der Diskussionen in den Organisationen über die einzig mögliche Lösung unter weitestem Vorbehalt zur Kenntnis, d. h. die organisatorische Verschmelzung mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, als der und allen historisch und ihrem Programm nach nächsten großen Massenpartei der Arbeiter, welche in der heutigen Situation das einzige und verlässliche Werkzeug des organisierten Kampfes gegen den Kapitalismus, Faschismus und die Reaktion ist.“

Wiener Hakenkreuzler provozieren Blutvergießen.

Angriff auf das Arbeiterheim in Simmering.

Drei Tote, darunter ein sozialdemokratischer Polizist.

Wien, 17. Oktober. Gestern vormittags veranstalteten die Nationalsozialisten im ersten Wiener Bezirk (Simmering) einen sogenannten Kreistag, der mit einem schweren Blutvergießen endete. Eine bewaffnete nationalsozialistische Kolonne überfiel das sozialdemokratische Arbeiterhaus in der Dreischüggasse, bombardierte es mit Steinen und gab gegen dessen Fenster Schüsse ab. Der Polizist Klassek, der vor dem Arbeiterhause Dienst versah und sich den Nationalsozialisten entgegenstellte, wurde von einer Kugel in den Kopf getroffen und fiel tot zu Boden.

Hierauf versuchten die Nationalsozialisten in das Haus einzudringen. Arbeiter und Mitglieder des republikanischen Schutzbundes leisteten ihnen Widerstand und es kam zu einer heftigen Schießerei. Der Nationalsozialist J. Staller und ein Unbeteiligter wurden getötet. 23 Personen wurden verletzt, darunter acht schwer.

Eine starke Polizeibeteiligung, die erst nach dem Blutvergießen eintraf, schlug das Tor des Arbeiterhauses ein, in dem sie dann eine strenge Durchsuchung nach Waffen vornahm. Hierbei wurde der 60jährige sozialdemokratische Bezirksrat Medved durch den Säbelhieb eines Polizisten schwer am Kopfe sowie einige Mitglieder des republikanischen Schutzbundes leicht verletzt.

Die Polizei beschlagnahmte im Arbeiterhaus einige Revolver und zwei oder drei Gewehre. Verhaftet wurden 45 republikanische Schutzbündler und 55 andere Personen. In den Nachmittagstunden herrschte im Bezirke wieder Ruhe.

Die Polizeidirektion gab später einen Bericht aus, der die ganze Schuld auf die Schutzbündler schiebt, die das Arbeiterheim verteidigten. Demnach seien die ersten Schüsse aus dem Portier und den Kellerfenstern des Parteihauses abgegeben und durch sie ein Wachmann und zwei Nationalsozialisten getötet worden. Erst dann habe die Sicherheitswache auf die Fenster des Arbeiterheimes geschossen. Ganz zuletzt wird erst angeführt, daß auch einige Nationalsozialisten, die hinter einer Gartenmauer Deckung gesucht hatten, einige Schüsse gegen das Parteihaus abgegeben haben sollen.

Planmäßig vorbereitet.

In Wirklichkeit war der Ueberfall auf das Arbeiterheim von den Nazis planmäßig vorbereitet. Schon Samstag hatte der sozialdemokratische Bezirksvorsteher die Polizei verständigt, daß die Nazis einen Ueberfall auf das Arbeiterheim planen. Trotzdem hat die Polizei

Ein schwarzer Monarchist Chef des Sicherheitswesens.

Am Nachmittag hat der Bundeskanzler eine Abordnung der Nationalsozialisten empfangen, die von ihm die Auflösung des Republikanischen Schutzbundes, strenge Waffensuche in allen sozialdemokratischen Arbeiterheimen und Aufhebung des Aufmarschverbotes forderten. Der Bundeskanzler soll ihnen versprochen haben, reichste Maßnahmen zur Sicherung der Ordnung zu ergreifen.

Inzwischen hat die Regierung die bereits am Samstag angekündigte Ernennung des Heimwehrführers Major I. A. Feh zum Staatssekretär für das Sicherheitswesen vollzogen. Feh ist in dieser Eigenschaft dem Bundeskanzler zur Unterstützung in allen Fragen des Sicherheitswesens und der parlamentarischen Vertretung dieser Angelegenheit beigegeben und dem Bundeskanzler unterstellt.

Dadurch will sich die Regierung offenbar bei den kommenden parlamentarischen Abstimmungen die Stimmen der Heimwehrabgeordneten sichern. Feh hat aber nicht einmal bei den Heimwehren irgendeinen größeren Einfluß, da er der niederösterreichischen Gruppe angehört, die die Bildung der selbständigen Heimwehrpartei nicht mitgemacht hat, sondern bei den Christlichsozialen geblieben ist. Feh selbst ist ein schwarzer Monarchist.

nichts unternommen, nicht einmal die schmale Waffe, die zu dem abseits gelegenen Arbeiterheim führt, abgesperrt, so daß die Nazis ungehindert hinziehen konnten.

Sie waren es, die erst einen Steinhaufen gegen das Heim eröffneten und schließlich auch Schüsse abgaben. Die Einschüßungen sind noch deutlich zu sehen. Als sie in das Haus einzudringen versuchten, legten sich die dort postierten Schutzbündler zur Wehr und es kam schließlich zu der Schießerei. Durch Zeugnisse ist erwiesen, daß der erschossene Polizist sich den Nazis entgegengestellt hat und daß er durch Schüsse, die von den Nazis abgegeben wurden, den Tod fand. Der Erschossene war überdies ebenso wie seine ganze Familie sozialdemokratisch organisiert.

Polizei wütet gegen Schutzbündler.

Die Polizei drang dann gewaltsam in das Arbeiterheim ein und schlug mit Gummiknüppeln und Säbeln drein. Dabei wurden mehrere Personen verwundet, darunter der Sekretär des Heimes, der eine schwere Kopfwunde erlitt.

Die Einrichtung des Heimes wurde von den Polizisten in geradezu vandalischer Weise zerstört. Bei der Durchsuchung fand man lediglich einige Waffen, die zur Abwehr von Ueberfällen dort eingelagert waren.

Die Hauptschuld an den Vorfällen trifft ganz unstreitig die Polizei, die gar nichts vorgelehrt hat — obwohl sie gewarnt war — um die Nazis von dem Heim fernzuhalten, und die sich ganz offen auf die Seite der Nazis gestellt hat. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat noch Sonntag abends eine Extraausgabe veranstaltet, die aber wegen der Bemerkungen über das Verhalten der Polizei beschlagnahmt wurde.

Auch an der Universität haben heute die Hakenkreuzler trawassiert und die Rektoren haben dann einen gemeinsamen Beschluß gefaßt, daß alle Hochschulen für drei Tage gesperrt bleiben. Die Rektoren stellen sich allerdings ganz auf die Seite der vandalisierenden Hakenkreuzler: Die Schließung erfolgte nicht wegen der Studententerroristen, sondern zum Zeichen des Protestes gegen die Ereignisse in Simmering. Die Studenten seien durch die Ereignisse „mit Recht“ angebracht. Die Rektoren seien willens, die Schließung erst dann zu widerrufen, wenn die Regierung genügend Garantien gebe, daß sich solche Ereignisse, wie sie sich in Simmering abspielten, nicht wiederholen werden.

Der neue Staatssekretär hat für Wien ein Verbot für Kundgebungen, Aufmärsche und Versammlungen unter freiem Himmel erlassen, das aber nur für die an den Ereignissen von Simmering beteiligten Parteien (Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten) und die ihnen angeschlossenen Organisationen, also nicht für die Herrschaften von der Heimwehr gelten soll.

Heute nachmittags ist im Simmeringer Arbeiterheim neuerdings eine polizeiliche Kommission erschienen, die das Arbeiterheim absperre und nicht einmal den Rechtsanwält der verhafteten und verwundeten Schutzbündler zuließ. Es heißt, daß die Absperzung längere Zeit dauern soll.

Sonntag vormittags fand auf dem Helldorfer Platz in Wien ein Aufmarsch des Starhemberger Heimatschutzes statt, bei dem Major Feh und Starheimberg Ansprachen hielten. Kurz nach der Rede Starhembergs fanden sich der Bundeskanzler Dr. Dollfuß und der Landeshauptmann Dr. Furech ein und ließen sich von Starhemberg offiziell begrüßen. Am Schluß nahmen dann Dollfuß und Furech mit Starhemberg und Feh sogar die Parade ab.

Nationalismus und Jugend

„Wanderer ins Nichts“

— so hat Karl Kadel in einer vielbesprochenen Rede vor rund neun Jahren den politischen Rebellen Schlageter genannt, der von einem französischen Standgericht fälschlich wurde. „Wanderer ins Nichts“ — dieses Wort wäre auch die beste Charakterisierung der mehr als 200 jungen Menschen, die nun im Gefolge des ersten großen Volkssportprozesses der Reihe nach vor die Richterbank gestellt werden. Gestern hat wieder solch ein Prozeß begonnen. Die Angeklagten, Mitglieder der Organisation „Jungsturm“, sind durchwegs jünger als die Angeklagten des Volkssportprozesses, es wird umso leichter sein, aus ihren romantischen Plänen herauszulesen, daß sie freizeitsgefährliche Untriebe begangen hätten. Alle diese jungen Menschen sind von einer durchaus begreiflichen, aus den Verhältnissen dieses Landes, aus der dauernden Benachteiligung der nationalen Minderheiten wie aus der Nadelstichpolitik des tschechischen Nationalismus erklärlichen Verbitterung in das Lager des Nationalismus und der abenteuerlichen Romantik getrieben worden. Aber sie alle sind ihren Weg ohne Besinnung, ohne ein klares Programm gegangen. Ehe sie Zeit hatten, sich zu besinnen, führte ihr Weg sie in die Gefängnisse und vor die Schranken des Gerichts.

Soll eine ganze Generation des jüdenstehenden Volkes auf solche Art dem wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Daseinskampf der Nation verlorengelassen? Der größte Teil der jungen Menschen, die sich in so lächerlichen Vorstellungen ergangen haben wie dem Traum von Barrikadenkämpfen in Prag, Bissen der Sakentkruzfahrer auf dem Gradstein und ähnlichen Phantasieren, wird schließlich gebrochen aus den Gefängnissen zurückkehren und sich zeitweilig von polizeilicher Betätigung fernhalten. Oder aber die Rebellen von gestern werden die rückgratlosen Patrioten von morgen werden, ein Exempel, das man an vielen Hunderten von alten Achtundvierzigern erlebt hat, die nachmals die Offiziere des Bismarckschen Regimes und die Führer der Nationalliberalen Partei wurden. Freilich, ein Teil der Burken, die man heute einsperrt, wird später der Wortführer des Nationalismus sein, geschmiedet mit der Märtyrerglorie des nationalen Heroen, aber gerade dadurch wahrscheinlich zu dauernd unfruchtbarer nationalistischer Politik verdammt.

Während die jüdenstehende Jugend der Kleinbürgerlichen und halbproletarischen Schichten ihre besten Jahre einem nebelhaften Ideal wie dem Dritten Reich opfert, das von den Führern selbst nicht ernst genommen und höchstens als Agitationsmittel benutzt wird, verliert das jüdenstehende Volk nicht zuletzt wegen dieser Haltung der Jugend an Einfluß, Kraft und Bedeutung. Jeder Wahlsieg der Sakentkruzler mindert die Aussichten der jüdenstehenden Parteien, auf wirtschafts- oder kulturpolitischem Gebiet etwas zu erreichen, denn er stärkt die nationalistischen tschechischen Parteien, er fördert die Entwicklung zu einem nationaltschechischen Regime, das die Klasseninteressen der Hochfinanz und des Großgrundbesitzes mit denselben nationalen Phrasen rechtfertigen wird, wie es die Junker heute in Deutschland tun.

Es ist die Tragik der Jugend von 1932, daß sie ihre Weltanschauung in den gleichen Ideologien verankern will, in denen der deutsche Nationalismus der Vorkriegszeit wurzelte. Diese Jugend meint weiß Gott nicht radikal und modern zu sein, wenn sie die veralteten Fahnen der deutschnationalen Bewegung der Neunzigerjahre unentwegt behält, sie merkt nicht wie reaktionär sie dabei

wirkt, wie sie ihre geschichtliche Mission, Neues zu schaffen, um ein paar faule Phrasen und ererbte Kostüme verkauft. Es ist jammer-schade um die politischen Energien, die um nichts und wieder nichts vergeudet werden, jammer-schade um ein junges Geschlecht, das sich von einem zum Tischenossen der Kirdorff und Thyssen arrivierten Anstreicher ladiert läßt. In anderer Sichtweise angefaßt, unter Überwindung der nationalistischen Ideologie für die sozialen und kulturellen Existenzfragen des Volkes — des arbeitenden Volkes, das allein Anspruch darauf hat, sich als Nation zu fühlen — in die Wagschale geworfen, müßte das Gewicht dieser Jugend den Sieg der neuen Ideen entscheiden, uns auch hierzulande unüberwindlich machen.

Von der tschechischen Jugend gilt allerdings auf weiter Strecke das gleiche. Auch sie läuft in hellen Scharen den faschistischen Rattenfängern zu, blind für die Schmutzstellen der Korruption, die das faschistische Banner bedecken, taub für das misionierende Phrasengekräche, das aus der faschistischen Boulevardpresse tönt. Auch die tschechische Jugend hätte eine historische Aufgabe zu erfüllen gehabt: den Staat, den ihre Väter geschaffen haben, auf die wirklich dauernde, feste Grundlage der nationalen Verständigung zu stellen. Statt dessen läßt sie sich von den nationalistischen Vorbetern, die tagtäglich die Prager Zeitungen vom „Venkov“ bis zur „Politika“ und von den „Károdni listy“ bis zum Blatt des Europäers Venes mit den Totschlagworten

des nationalen Hasses, mit Entstellungen und Verleumdungen befechten, in den Kampf für Ideale begeben, die keine sind, hinter denen sich die Geldsachinteressen des Kapitals verbergen. Treibt die deutsche nationalistische Jugend hilflose Romantiker, so berauscht sich die tschechische an kindischer Taserpistole, will jene mit Kinderpistolen Krieg führen, so diese auf einsprachigen Speisefarben einen Staat begründen.

In beiden nationalen Lagern gibt es die Gegenströmung des Sozialismus. Wie wir uns mit den Deutschen, so schlagen sich die tschechischen Sozialdemokraten mit den tschechischen Nationalisten tagtäglich herum. Wie anders aber könnten wir beide diesen Kampf führen, folgten nicht Zehntausende, die ihrer Klassenlage nach zu uns gehören, dem Heerbann des Faschismus! Der Sieg des Sozialismus und damit des Gedankens der Völkerverständigung wäre in nächste Nähe gerückt in dem Augenblick, da die Wanderer ins Nichts, die Romantiker wie die Spieglbürger unter der Jugend, die Befinnung und damit den Weg zum Sozialismus fänden. Um sie zu werden, nicht indem wir ihren Illusionen zustimmen, sondern indem wir sie gründlich zerstören, ist unsere geschichtliche Aufgabe, um deren Lösung wir uns um so mehr bemühen werden, je schwieriger sie sich gestaltet. Zeit und Opfer aber bleiben uns erspart, wenn die nationalistische Jugend aus den traurigen Folgen ihrer Geisteshaltung lerne und den Radikalismus zur Umkehr aufbrächte!

Die grünen Bapenheimer wittern Morgenluft.

Die Regierungsdiktatur der Junker und Barone, ein „Ansporn“ für unsere Landbändler.

Die landbändlerische Presse hat zu den Ereignissen in Deutschland Stellung genommen. In einem Leitartikel „Deutschlands Erneuerungswillen“ würdigt der „Deutsche Landrufer“, das Organ der Landbändler für Mähren-Schlesien und die Slowakei das „eiserne Pflichtbewußtsein, den innermüßigen Arbeitseifer und die Willensstärke“ der verantwortlichen Männer recht eingehend. Wir haben in unserem Blatte wiederholt auf die faschistischen und monarchistischen Spielereien, die vor allem von den „Landständischen Jungmannschaften“ getrieben werden, verwiesen. Wohl haben die Herrschaften versucht, die ganz eindeutige Tendenz der „Landständischen Jungmannschaften“, die durch die Reden der verschiedenen Landes- und anderer „Führer“ gerade in den letzten Monaten immer wieder erkennbar wurde, zu bestritten. Nun hat der „Landrufer“ das neuerdings bestätigt, was wir von den Landbändlern immer wieder behauptet haben: daß sie gegen die Demokratie und gegen den Parlamentarismus sind und nichts sehnlicher wünschen, als die Vorherrschaft einiger weniger „Auserwählter“ über das ganze Volk.

In dem Leitartikel heißt es: „Deshalb ist es auch die Hauptaufgabe der Regierung Papen-Schleicher, dem Deutschen Reich eine neue Verfassung zu geben, eine Verfassung, die wieder Autorität schafft und sich durchsetzt, eine Verfassung, auf Grund welcher wohl das Volk mispricht, jedoch dem Führer gehorcht und nicht so wie jetzt, wo die Masse dem Führer seinen Weg vorschreibt.“

Die Landbändler haben die Absichten der Papen-Schleicher sehr treffend wiedergegeben. Weg mit der demokratischen Verfassung, weg mit den Teilen der Verfassung, die die Grundlage der Republik bilden! Das ist das Ziel der Junker und Barone. Die Proleten, die sollen wieder kuscheln, wenn der Herr Graf oder der jetzt noch im Hintergrunde stehende Prinz sein Maul

aufreißt. Der „Landrufer“ nennt die Dinge nur anders:

„Die wenigen Nachrichten, die bisher über die Pläne der Reichsregierung durchgesickert sind, weisen darauf hin, daß man vor allem dem ständischen Gedanken Rechnung tragen will in der Form, daß außer dem Reichstag eine zweite Kammer geschaffen wird, welche sich nur aus den Vertretern der einzelnen Berufsgruppen zusammensetzen soll.“

Der „ständische“ Gedanke ist es, der unseren Landbändlern so gut gefällt. Die Erfahrungen, die in Oesterreich mit diesem „ständischen“ Gedanken gemacht wurden, scheinen unsere Landbändler noch immer nicht ganz verdaulich zu haben. Denn die grünen Bapenheimer schreiben weiter:

„Für uns ständisch eingestellte Menschen wäre die Vermittlung einer Ständekammer im Deutschen Reich ein weiterer Ansporn, unentwegt für dieses Ziel weiter zu arbeiten und weiter zu kämpfen! Die Begeisterung, die unsere Landbändler da offenbaren, muß für die Arbeiterschaft das Signal sein, ihnen einen recht dicken Strich unter die Rechnung ihrer Wünsche zu machen. Wir werden den Herrschaften, die sich da ganz eindeutig zu den Reaktionen des Vorkriegsdeutschland, den Trabanten der Hohenzollern, den Soldatenstiefeln, bekennen, diese Begeisterung nicht verzeihen. Das Spiel, das sie da wagen, wird einen Partner finden, an dem die Herren Landbändler recht wenig Freude erleben werden. Das mögen sie sich heute schon gesagt sein lassen.“

Die schleichende Diktatur in Deutschland, die Restaurationsbestrebungen der Steigbügelhalter der Hohenzollern sind für unsere Landbändler ein „weiterer Ansporn, unentwegt für dieses Ziel weiter zu arbeiten und weiter zu kämpfen! Die Begeisterung, die unsere Landbändler da offenbaren, muß für die Arbeiterschaft das Signal sein, ihnen einen recht dicken Strich unter die Rechnung ihrer Wünsche zu machen. Wir werden den Herrschaften, die sich da ganz eindeutig zu den Reaktionen des Vorkriegsdeutschland, den Trabanten der Hohenzollern, den Soldatenstiefeln, bekennen, diese Begeisterung nicht verzeihen. Das Spiel, das sie da wagen, wird einen Partner finden, an dem die Herren Landbändler recht wenig Freude erleben werden. Das mögen sie sich heute schon gesagt sein lassen.“

Wir wenden uns deshalb an den gewählten Präsidenten der Deutschen Republik, um Klarheit zu schaffen, ob er den Auftrag wirklich gegeben hat, den Reichstag in der geplanten Weise zu entrichten, die Volksrechte zu führen und damit eine Periode innerer Kämpfe einzuleiten, die mit den sonst in der Rede des Kanzlers geäußerten Zielen in kräftigstem Gegensatz stehen.

Neue Drohungen des Kanzlers

Berlin, 17. Oktober. In einer Rede in Paderborn, die zum größten Teil das wirtschaftliche Programm der Reichsregierung behandelte, hat Reichskanzler von Papen wieder harte Worte von der Notwendigkeit der Fortführung des gegenwärtigen Sturzes gebraucht.

Wer uns rät, wir sollten uns wieder den schwankenden Mehrheiten (im Reichstag) anvertrauen, den frage ich: Welche Partei oder welche Parteienverbände kann der Regierung, kann vor allem der Schwerebedrängten deutschen Wirtschaft die notwendige Sicherheit geben? Dreizehn Jahre lang hatten die Parteien Zeit, das Volk zur Disziplin und zur Verantwortung zu erziehen. Wer von uns ein Exkurs fordert, der fordert das schlimmste Experiment, das heute gemacht werden könnte.

Auf diese Rede reagierte heute der Vorsitzende des Zentrums Kaaß ziemlich scharf mit der Feststellung, daß Papen kein Bismard sei: Der Konflikt mit dem Parlament allein genüge nicht, um ein Bismard zu werden.

Das Arbeitslosenelend im Karlsbader Bezirk.

Am Freitag hielt die Fürsorgekommission der Karlsbader Bezirksvertretung gemeinsam mit Vertretern der größeren Gemeinden eine Sitzung ab, welche sich mit der Notlage im Karlsbader Bezirk befaßte. Der „Volkswille“ berichtet darüber:

Zur Zeit werden im Bezirke Karlsbad über 9000 Arbeitslose, die keine gewerkschaftliche Unterstützung beziehen, gezählt. Es gibt Familienernährer, die schon zwei Jahre ohne jedes Einkommen sind, die ihren Hausrat verkauft haben und vollständig verkommen. Es fehlt ihnen an Nahrung, aber auch an Kleidung. Sie haben keine Wäsche und keine Schuhe mehr. Die Kinder gehen ohne Frühstück und ohne Mittagessen zur Schule, fallen während des Unterrichtes infolge Schwäche um. In einigen Gemeinden zeigen sich in den Schulklassen bereits bedenkliche Lücken, weil die Kinder gar nicht mehr zur Schule gehen können, und es wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß sogar mit der Sperrung von Schulen gerechnet werden muß. Eine große Zahl der Beschäftigungslosen kann seit Monaten keine Miete zahlen. Die Mietzinsbeihilfen, die in einzelnen Gemeinden gezahlt wurden, gehen in die Tausende von Kronen. Sie können nicht weiter geleistet werden, und trotz des großen Entgegenkommens, das viele Hausbesitzer gezeigt haben, häufen sich die Delogierungen. Dabei kommen die Hausbesitzer selbst in schwerste finanzielle Bedrängnis. Arbeiter, die sich in besseren Zeiten ein Häuschen gebaut haben, sind mit ihren Mietern arbeitslos und kommen, weil sie ihre Schulden nicht zahlen können, um Hab und Gut. Die Entrentungen in den Arbeiterfamilien häufen sich, aber weder die aus der Krankenversicherung angeseherten Arbeitslosen, noch die Gemeinden können die Kosten für Arzt und Medikamente aufbringen, die Kinder besonders tragen alle Anzeichen der Unterernährung und in einer Gemeinde mußte bereits die Schule gesperrt werden, weil eine Diphtherie-Epidemie ausgebrochen ist, die nach ärztlicher Ansicht nur in der mangelnden Ernährung der Kinder ihre Ursache hat.

Die Konferenz beschloß, die Einweihung des Karlsbader Bezirkes unter die Kostlandesgebiete und Zuweisung größerer Mittel aus der Ernährungsaktion zu fordern.

Kompensationsabkommen mit Ungarn.

Bis 31. Dezember d. J.

Budapest, 17. Oktober. Das ungarische Telegraphen-Korrespondenzbüro teilt mit:

Zwischen der ungarischen und der tschechoslowakischen Regierung wurde am 13. Oktober im Wege eines Notenswechsels ein Übereinkommen über den Waren- und Austauschverkehr getroffen. Nach diesem Abkommen wird die Tschechoslowakei nach Ungarn Holz, Ungarn nach der Tschechoslowakei Pferde, Fische, Schweinefleisch, Speck und Möbel bei begünstigten Zollfragen exportieren dürfen. Das Abkommen hat Gültigkeit bis zum 31. Dezember 1932.

Slowakische Einheitsfront für die Autonomie.

In Zvolen in der Slowakei fand am Sonntag eine große autonomistische Kundgebung statt, die trotz des ungünstigen Wetters von etwa 10.000 Teilnehmern aus der ganzen Slowakei besucht war und die in eine Resolution ausklang, in der die Autonomie der Slowakei im Rahmen der Republik nachdrücklich gefordert wird. Als Enderklärer fungierte eine katholisch-ebangelische Front von Kliffas Volkspartei bis zur autonomen Partei des evangelischen Pfarrers Razuš, die bei den letzten Wahlen mit den Nationaldemokraten gegangen ist. Kliffa hielt eine im Vergleich zu seinen sonstigen Äußerungen auffallend gemäßigte Rede, in der er erklärte, das an den Slowaken durch die zentralistische Politik verübte Unrecht werde man nur dann beseitigen können, wenn alle Slowaken, ohne Unterschied des Standes und der Religion, Hand in Hand in den Kampf um die Autonomie der Slowakei im Rahmen der Tschechoslowakischen Republik treten würden. Abgeordneter Razuš betonte die Notwendigkeit der Verbindung der katholischen und evangelischen Slowaken und trat für die Erfüllung des Pittsburg-Vertrages ein. Weiters sprachen die Abgeordneten Dr. Tiso und Dr. Vanko. Während der Reden kam es öfter zu Unwillenskundgebungen gegen die tschechischen Beamten in der Slowakei und die Prager Regierung. — Die Versammlung nahm eine vom Abgeordneten Siva! vorge-schlagene Resolution an, in der erklärt wird, daß es ein „tschechoslowakisches“ Volk überhaupt nicht gebe. Die Slowaken sind ein Volk mit eigener Tradition, selbständig und souverän. Sie fordern die Erfüllung der im Pittsburg-Vertrag gegebenen Versprechungen und die Autonomie nach den Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. In der Slowakei soll überall slowakisch amtlich werden; leitende Beamtenstellen sollen ausschließlich mit Slowaken besetzt und in den Prager Zentralen eigene Abteilungen für slowakische Angelegenheiten errichtet werden. Das Manifest kündigt in dem Wunsch nach einem gerechten Ausgleich mit dem tschechischen Bruder-volk! Im Interesse einer gesicherten Tschechoslowakischen Republik aus.

Der Landesbudgetausfluß hat sich Montag, den 17. d. M., mit der Geldaufnahme für Investitionen beschäftigt. Zur Debatte stand die Erklärung des Finanzministeriums, nach welcher es dem Lande nicht ein Anleihen in der Höhe von 100 Millionen K. sondern nur von 50 Millionen bewilligt. Von diesen fünfzig Millionen Kronen



Alois Muna

der Führer der kommunistischen Opposition, die gestern in die tschechische Sozialdemokratie zurückgekehrt ist.

müssen 27 Mill. für den Wasserwirtschaftsfonds aufgewendet werden und nur der verbleibende Restbetrag kann für andere Investitionen verwendet werden. Das Recht des Finanzministers, eine solche Forderung zu stellen, wurde in der Debatte stark bestritten, von der anderen Seite aber auf das Wasserwirtschaftsgebiet hingewiesen, welches dem Finanzministerium diesen Einspruch gewährt. Dann mußte die Entscheidung getroffen werden, ob man den vom Finanzministerium bewilligten Betrag — also die 50.000.000 K. — als Anleihe bei Geldinstituten oder im Emissionswege beschaffen solle. Es wurde beschloffen, diese fünfzig Millionen als Darlehen aufzunehmen, um sich den öffentlichen Geldmarkt für später frei zu halten. Endgültig wird sich das Plenum der Landesvertretung noch mit diesen Fragen zu beschäftigen haben.

Keine Subventionen. Das Finanzministerium hat in einem Rundschreiben allen Ministerien die Auszahlung aller Subventionen ohne Ausnahme untersagt. Das Ministerium hat überdies die übrigen Ressorts angewiesen, mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Staates künftighin keinerlei Subventionen zu verprechen.

400 unvollendete Staatsbauten. Infolge der Finanzkrise des Staates und der Notwendigkeit von Streichungen bei den Sachausgaben, mußte, nach einer Meldung des „Kor. Ltv.“, auch der Weiterbau an 400 Staatsgebäuden eingestellt werden. Die Bauten wurden zwar mit großem Aufwand in Angriff genommen, aber man hatte nicht überlegt, woher man das Geld zu ihrer Vollendung nehmen wird. Nun müssen also die Bauten vorläufig unvollendet bleiben und es besteht die Frage, ob und wann sie überhaupt fertiggestellt werden können. Dem Staat entgeht dadurch natürlich ein bedeutender Schaden, der nur der Großmannsucht und der Bürokratisierung der Verwaltung zuzuschreiben ist.

Abschluß des Leipziger Prozesses.

Verkundung der Entscheidung in einer Woche.

Leipzig, 17. Oktober. Heute wurde das Verfahren vor dem Reichsgericht in Sachen Preußen contra Reich mit zusammenfassenden Darlegungen der beiden Streitparteien beendet. Der Vorsitzende erklärte dann, ein festes Datum für die Verkündung der Entscheidung nicht angeben zu können, doch werde die Verkündung wahrscheinlich Dienstag nächster Woche erfolgen. Sollte sich die Notwendigkeit einer Wiedereröffnung der Verhandlung ergeben, so werde er dies den beteiligten Parteien mitteilen.

Die französischen Senatswahlen. Erfolge der Radikalen.

Paris, 17. Oktober. Unter den 111 Senatoren, die bei den gestrigen Wahlen eines Drittels des Senates gewählt wurden, befinden sich 76 bisherige und 35 neue Senatoren. Letztere ersetzen 30 nichtgewählte, zwei abtretende und drei verstorbene Senatoren. Bezüglich der künftigen Klubzugehörigkeit ergibt sich nach einer Statistik des Innenministeriums folgendes Bild:

Die Rechte erhielt 4 Mandate (bisher 5); Republikanische Rechte 8 (10); Republikanische Union 25 (27); Demokratische und radikale Union 13 (11); Demokratische sozialistische Linke und radikalsozialistische Partei 57 (48); Sozialisten 1 (2). Außer den Gruppen 3 (4). Den größten Gewinn hat die Gruppe der demokratischen Linken, die zum größten Teile aus Radikalen besteht. Bisher hatte sie im Senat 152 von 315 Mitgliedern; sie wird nunmehr für sich allein die Mehrheit im Senat repräsentieren.

Demission des rumänischen Kabinetts.

Bukarest, 17. Oktober. Ministerpräsident Rada hat heute nachmittags dem König auf Schloß Sinaja die Gesamtdemission des Kabinetts überreicht, die vom König angenommen wurde. Rada Bojovod wurde vom König bis zur Bildung der neuen Regierung mit der Weiterführung der Geschäfte betraut.

Der König hat alsbald die Besprechungen zur Lösung der Krise begonnen und den früheren Innenminister Michalake zur Audienz geladen.

Hat Papen einen Auftrag von Hindenburg?

Äußerer Brief Löbes an den Reichspräsidenten.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen offenen Brief des Genossen Löbe an den Reichspräsidenten, in welchem Hindenburg daran erinnert wird, daß er den Eid auf die Verfassung abgelegt hat und gefragt wird, ob Papen von ihm einen Auftrag zu den vor den bayerischen Industriellen angekündigten Verfassungsänderungen erhalten habe. In dem Schreiben heißt es u. a.: Reichskanzler von Papen verkündet jetzt die Einsetzung einer Ersten Kammer. Erste Kammern in Deutschland waren bisher Herrenhäuser, die die Richtung der Volksvertretung durchkreuzten und ausübten. Wenn ein Exponent des Herrenklubs die Einsetzung einer Ersten Kammer betreibt, so liegt darin eine Verdröhung des Selbstbestimmungsrechtes der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes. Ist ein Auftrag dazu erteilt?

Der Weg, den der Herr Reichskanzler ohne und gegen das Volk zu beschreiten beabsichtigt, muß zu unabsehbaren Katastrophen führen. Wird die deutsche Verfassung von den Regierern und die deutsche Verfassung von den Regierern fürger umen zu ihrer Einhaltung nicht mehr verpflichtet. Dann stürzt mit dem Grundgesetz des Staates die staatliche Ordnung überhaupt.

IRMIGARD KEUN: Gülgí eine von uns

25)

Ja, und da dachte man, was für ein wunderbares, wichtiges Mädchen man wäre, und jetzt findet man sich keine drei Groschen wert. Und wer weiß, ob's dem Martin nicht morgen oder übermorgen einfällt, daß ein Mädel wie die Olga viel besser zu ihm paßt. Und man bekommt die Gedanken gar nicht mehr richtig zusammen für die Arbeit. Ruh denken, was tut er jetzt, was wird er gleich tun, vor neun Uhr abends 'ch' ich ihn nicht — noch viele Stunden sind's bis neun. Aber ich muß heute mal wieder zur Mittelstraße und was für mich arbeiten. Und wenn's dann soweit ist, geh' ich doch nicht. — Und heute morgen hat er mir so flüchtig Adieu gesagt und gestern abend... Meier u. Schröder sollen den Vertreter vorbeisenden — als ob das so wichtig wäre — und bitten wir Sie höflichst...

Herr Reuter ist blaß und sorgenvoll, hat gar kein Interesse mehr für hübsche Mädels. Das hätten Sie auf Postkarten schreiben sollen, Fräulein — kostet dann nur halbes Porto — wir müssen sparen."

Sporen! Die dicke Müller mit ihrem sorgfältig gepflegten Spürsinn erzählt von drei Wecheln, die zu Protest gegangen sind. "Und Großmann ist bankrott, da verlieren wir auch wieder Geld, und eine Pleite zieht die andere mit sich." Sie greift schwermütig nach ihrem Butterbrot, und man hat das Gefühl, sie ist's nicht, sondern boerdigt es in ihrem Mund, immerhin mit gewissem Genuß.

Haben Sie schon gehört, Fräulein Kran, daß Höhne gekündigt ist?" fragt die stille Wendt in der Mittagspause. Höhne ist erster Buchhalter. "Ja, weil er doch so hohes Gehalt hat, und Kaiser kriegt nur 180 und kann Höhnes Arbeit gut mitmachen."

"Er hat doch drei Kinder, der Höhne?" "Tut ja dem Chef selber leid — aber was will er machen!" Und alle sind furchtbar rüchlichsvoll zu Herrn Höhne. Wenn sie mit ihm sprechen, dann mit butterkannter gefilterter Stimme wie zu einem Kranken, der nicht wissen soll, daß er unheilbar ist, der aber durch die ausdrücklich zarte Behutsamkeit, mit der man ihn ansieht, unsehbar drauf kommen muß. Gülgí hat Herrn Höhne nie drauf stehen können, weil er so'n blödsinniger Schlagwortemann ist: früher war's besser — unterm Kaiser — die neuen Zeiten — Fluch der Technik. Jetzt tut er ihr leid. Wird da aus dem Betrieb rausgeworfen, wer weiß, wo er wieder Beschäftigung findet.

Als Gülgí nachmittags aus dem Büro kommt, wird sie von der Tächler in Empfang genommen. Die hat mir gerade noch gefehlt. Schon einmal hat sie vom Büro gewartet, herauspioniert hat sie, wo Gülgí arbeitet. Die ist der reinste Detektiv, wie aus einem Wallace-Roman entsprungen. Den Kopf mit einem obenverleierten Hut beladen, tipfelt sie neben Gülgí her. "Haben sie was erreicht?"

"Nein."
"Haben sie noch kein Geld?"
"Nein."

"Ich weiß ja nicht mehr weiter", sagt die Tächler. Gar nicht jammernd, ganz ruhig und selbstlos, und lächelt sogar dabei. Ein dünnes, schiefes Lächeln. Und hat Hände wie verweilte Kohlblätter und einen gestörten Gang. Und wann sie deutete und jammerte, das würde gar keinen Eindruck machen. Das kann man nicht vertragen — fremde Tränen — eigene auch nicht. — Wenn sie doch heulte! Aber nur — ich weiß gar nicht mehr weiter. Das klingt so überzeugend, und ob's ihre eigene Schuld ist oder fremde — Tatsache bleibt's. Was soll man da sagen? Kann man nicht reden und auch nicht helfen. Sicher sind's viele, die nicht mehr weiter wissen, viele, denen's schlecht geht. Kollektivend — davor hat man immer die Augen zugemacht. Tritt's als Einzelfall an einen heran, springt's einem unter die geschlossenen Lider. Geht einen was an. Warum? Ja, warum! Man ist ja kein Pfostenstein.

"Hab' nur ein Dreimarkstück bei mir!" Man schämt sich und kommt sich lächerlich vor — was damit geholt ist! Will sie noch nicht mal nehmen. Ach, von Ihnen nie — Sie müssen selber verdienen. Warum jenseit denn nicht bei 'r Mutter?" Da hat die sich sonst Phantasiebarade gebaut und ist nicht von Lokutrogen. Nehmen Sie's schon — da — meine Stragenbahn!" Und Gülgí will der Tächler das Geldstück in die Hand drücken — es fällt zur Erde — Gülgí springt auf die aufstehende Bahn; der Schaffner schimpft — immer schimpfen lassen. Sie sieht die Arie aus der wummelnden Straße unten — Irtechen, mit stehenden Händen und kurzschichtigen Augen den Boden abtuschen. Kraucht da schiefen den Fußgängern, der Hut ist schief, gerückt... die Augen zumachen, seit, seit nicht nachschauen, nicht nachschauen, wer einmal unten liegt, kommt schwer wieder hoch, ist verflucht, keine Zeit jetzt zum Schlappmachen und Weichwerden —

"Eine Stunde kann ich bei dir bleiben, Martin — ich geh' heute nicht mehr auf mein Zimmer, ich..."

"Willst du mir eigentlich nicht sagen, wo du dieses geheimnisvolle Zimmer hast?"

"Nein, Martin. Ich muß — es ist — wegen meiner Selbständigkeit. Ich muß einen Ort zum Arbeiten haben, hier bei dir in der Nähe kann ich's nicht, und in meinem Zimmer hat ich auch keine Sekunde Ruhe, wenn ich denken müß, du könntest plötzlich erscheinen."

"Tut's Bedr."

"Ne, dann laß sie mir."
"Gülgí", sagt Martin am Sonntagmorgen, "du solltest nicht mehr ins Büro gehen, es wird mir jedesmal so unbehaglich kalt im Bett, wenn du so früh aufstehst." Gülgí schüttelte in ratlosem Staunen den Kopf. Was soll man nun

Ein neuer Prozeß in Brünn.

Die Verhandlung gegen die Mitglieder des „Jungsturm“.

Brünn, 17. Oktober. Heute begann beim hiesigen Kreisgericht der Prozeß gegen 14 Mitglieder der Organisation „Jungsturm“, die beschuldigt werden, sich zur Vorbereitung von Anschlügen gegen die Republik zusammengeschlossen zu haben. Den Vorsitz führt Gerichtsrat Dr. Hagel, Beisitzer sind ODR. Doležel und ODR. Kovák. Die Anklage vertritt Dr. Dvořák, der auch im Boltsportprozeß öffentlicher Ankläger war. Verteidiger der Angeklagten sind: Dr. Vochmann, Dr. Dub und Dr. Voral. Zeugen werden weder von der Staatsanwaltschaft noch von der Verteidigung geführt, das belastende Material, das zur Verlesung vorliegt, bildet zwei mittelgroße Pakete.

Das Interesse des Publikums für diesen Prozeß ist nur gering, der Zuhörerraum ist kaum zur Hälfte gefüllt, dagegen ist die Presse sehr zahlreich vertreten.

Die heutige Vormittagsverhandlung war mit der Verlesung der Anklageschrift ausgefüllt, die nur tschechisch verlesen wurde, da die Verteidigung auf die Verlesung der deutschen Uebersetzung verzichtete.

Die Staatsanwaltschaft beschuldigt zwölf Angeklagte des Verbrechens nach § 2 des Gesetzes zum Schutz der Republik, den noch minderjährigen Karl D., dessen voller Name mit Rücksicht auf das Jugendstrafgesetz nicht veröffentlicht werden darf, der Verlesung der Vorbereitung von Anschlügen, daß sie sich alle, nämlich in den Jahren 1925 bis 1932 in Brünn, Jowitzau, Jägerndorf und Jglau zu Anschlügen gegen die Republik vereinigt haben, um mit Gewalt die Verfassung des Staates in bezug auf seine Selbständigkeit und Einheitslichkeit zu ändern, daß sie sich zu diesem Zwecke mit fremden Faktoren in Verbindung gesetzt und bewaffnete Hilfskräfte gesammelt, organisiert und ausgebildet haben.

Die Darlegung der Gründe der Anklageschrift umfaßt mehr als 60 Schreibmaschinseiten und sagt in kurzen Sätzen folgendes:

Die deutsche Jugendorganisation „Jungsturm“ wurde in Evinemünde in Deutschland lange vor dem Krieg von Leopold von Münchhof gegründet und bezweckte die Sammlung der deutschen Jugend zu sportlichen und turnerischen Übungen, sowie zur Förderung der deutschen Tugend und Heimatliebe. Die Organisation nahm in den

Weißer Zähne-Chlorodont

späteren Jahren einen großen Aufschwung, gibt eine eigene Zeitschrift heraus und besetzt gegenwärtig aus 300 Abteilungen. Den Jungstürmern ist jedwede politische Tätigkeit und jede Kennerung ihrer Ansichten zu politischen und religiösen Tagesfragen verboten. Jedes Mitglied legt nach seiner Aufnahme ein Gelöbniß ab und bekommt erst damit das Recht eine Uniform, die der Jägertracht ähnlich ist, zu tragen. Jungsturmgesetze und Dienstvorschriften verpflichten die Mitglieder zu Disziplin und Schweigsamkeit, verlangen aber von den Choren auch gewisse Kenntnisse im Späberdienst, Weidungs- und Aufklärungsdienst, die Kenntnis von Sicherheitsvorkehrungen bei Schusswaffen usw.

Die erste Flugschrift des Jungsturm kam im Jahre 1926 in die Tschechoslowakei und wurde in Jägerndorf beschlagnahmt. Aus dem Inhalt der Flugschrift entnimmt die Anklage, daß auch in der Tschechoslowakei Ortsgruppen des Jungsturm bestanden haben und daß der Zweck der Jungsturmorganisation ein anderer ist, als bloß die körperliche Eräftigung ihrer Mitglieder. Das soll, wie der militärische Charakter der Organisation eindeutig auch aus anderen beschlagnahmten Flugschriften hervorgehen, so daß die Vereinigung Jungsturm als eine großdeutsche Organisation angesehen werden könne, die in der Tschechoslowakei irredentistische Zwecke verfolgt, wobei das Hauptgewicht auf die Gewinnung der Jugend gelegt ist. Vor allem die Artikel, die in der Zeitschrift „Jungsturm“ vom Hauptangeklagten Herbert Stádl veröffentlicht wurden, bezeugen diese Anschauung und lassen die Ansicht glaubhaft machen, daß es sich um eine Organisation handelt, deren Zweck es ist, die Einheit

dazu legen? Auch ein Grund, in der heutigen Zeit eine Stellung aufzugeben, nur damit ihm sein fatter Laßzug an die rechte Seite weht. Das ist eintr, der Martin! Sieh mal, Gülgíden, was ich an Geld hab', ist für einen zu wenig, da kann's doch auch für zwei zu wenig sein, was meinst du — sollen wir nicht zusammen von meinem Geld leben?"

"Was du dir denkst, Martin!" Gülgí lächelt mit mütterlicher Verachtung.

"Ne, aber wenigstens zu dem alten Petrefakt brauchst du doch nicht mehr!"

"Bei dem bin ich ja sowieso in drei Tagen fertig. Im Ernst, Martin — ich muß doch Geld verdienen. Weißt du, nächstes Jahr hab' ich so viel zusammen, um nach Paris und nach Spanien zu fahren. Martin, wir werden zusammen reisen, ohne dich ich' ja nichts richtig, du bist doch mein besseres Auge. Olga sagt, man kann auf Mallorca furchtbar billig leben, und in Paris werden wir im Quartier Latin wohnen — wir müssen eben tüchtig sparen — du auch, Martin, jeden Monat kannst du soundsoviel mürkslegen. Ich werd' sorgen, daß das 'ne andre Wirtschaft hier wird."

(Fortsetzung folgt.)

des Staates zu ändern. Stádl bestreitet diese Artikel geschrieben zu haben. Die Angaben seiner Genossen, daß er für den „Jungsturm“ geschrieben habe, und seine Unterjchrift am Ende der Artikel widerlegen diese Angaben. Die Jungsturmorganisation wurde als militärische Organisation, die im Widerspruch zu den Friedensverträgen steht, auch in Deutschland aufgelöst.

Die Gruppen in der Tschechoslowakei seien öfters von reichsdeutschen Funktionären des Verbandes angeführt und inspiert worden, die hiesigen Gruppen machten Wanderausfahrten über die Grenze. Die letzten Zweifel an der Theorie vom Jungsturm als militärische Organisation scheine das Führerverzeichnis der Organisation zu entkräften. Beschäfer ist Generalfeldmarschall Radensky, Führer seien fast durchwegs Personen, die vor dem Kriege Offiziere waren. Die Zeitschrift kam den Mitgliedern entweder mit der Post zu oder wurde über die Grenze geschmuggelt und von Stádl verteilt; wo es an nötigen Exemplaren fehlte, wurde die Zeitschrift bei den Zusammenkünften den Mitgliedern vorgelesen.

Die Brünnener Gruppe sei im Jahre 1925 von Herbert Stádl, der schon in Deutschland, wo er vorher seinen Wohnsitz gehabt hatte, Jungstürmer gewesen war, gegründet und in der zweiten Hälfte des Jahres 1926 von der Reichsleitung in Deutschland als Gruppe 271 der Jungsturmorganisation anerkannt worden. Stádl gibt an, daß die Brünnener Gruppe nur die Erlaubnis zur Betätigung auf sportlichem und turnerischem Gebiete erhalten habe. Während der nächsten Jahre wuchs die Mitgliederzahl der Gruppe, die in der Umgebung von Brünn regelmäßige Geländeübungen, denen die Staatsanwaltschaft den Charakter militärischer Übungen unterlegt, durchführte. Eine weitere Gruppe wurde in Jglau gegründet, im Sommer setzte der Brünnener Jungsturm seine Tätigkeit in Jägerndorf fort. Beide Abschlüssen standen in ständiger schriftlicher Berührung mit der Zentralleitung in Deutschland, auch die einzelnen Mitglieder waren in Kontakt mit einzelnen Jungstürmern und Jungsturmführern im Reich. Bemühungen um die ankerliche Legalität des Jungsturmes führten zu zwei Versuchen, einen polizeilich angemeldeten Verein mit genehmigten Statuten zu gründen. In Jglau arbeitete Johann Paul Statuten aus, die aber dem Vereinsgesetz widersprachen. In Brünn wurden Statuten ausgearbeitet, die aber nie die behördliche Genehmigung erhalten hätten, weil der Vereinszweck den Gesetzen zuwiderließ und unter anderem Bestimmungen über die gewaltsame Angliederung der Deutschen aus der Tschechoslowakei an Deutschland enthielt. Dieser Verein hätte den Namen „Germania“ erhalten sollen.

In dem Konzept dieser Statuten befindet sich auch neben dem Wort „Geländeübungen“ die Bemerkung „und militärische Ausbildung“, die Mitgliedschaft wäre nach militärischer Art in Choren eingeteilt, propagiert wird der Kampf um die Bildung eines Groß-Deutschland auf.

In der letzten Zeit hatte die Brünnener Gruppe nach der Anklageschrift nur sechs Mitglieder, die militärisch geschult und vom Ausland subventioniert wurden. Aus alledem gehe nun hervor, daß der Brünnener „Jungsturm“ eine den Gesetzen widersprechende Tätigkeit ausübte, die darauf gerichtet war, die verfassungsmäßige Einheit des Staates zu untergraben und gewisse Teile der Republik vom tschechoslowakischen Staatsgebiete abzureißen.

In der Nachmittagsverhandlung wurde der Hauptangeklagte Herbert Stádl einvernommen, der sich der ihm zur Last gelegten Delikte nicht schuldig fühlt. Der Vorsitzende verlas eine Reihe von Briefen und Schriften aus denen der Tatbestand deduziert werden soll. Die Verhandlung wird morgen mit der Einvernahme der übrigen Angeklagten fortgesetzt.

Avenol Generalsekretär.

Genf, 17. Oktober. Der Völkerbundrat hat heute in einer geheimen Sitzung den stellvertretenden Generalsekretär Avenol zum Generalsekretär des Völkerbundes als Nachfolger Sir Eric Drummonds einstimmig gewählt. Die Verleihung der Wahl wird durch die Völkerbundversammlung im November erfolgen.

Wo anderes nicht mehr hilft



schaff's Putzfrau VIM!

Wenn Sie bei der Arbeit Ihre Hände mit Öl, Fett, Farbe oder Ruß beschmutzen, dann brauchen Sie zum Säubern Ihrer Hände nur VIM zu nehmen. VIM löst den Schmutz und greift doch nie die Hände an!



V. T. 622
DIE PUTZFRAU IN DER DOSE

Die Eisenbahner zum drohenden Gehaltsabbau.

Neuerliche Stellungnahme des gemeinsamen Ausschusses.

Prag, 17. Oktober. Der Ausschuß der koalitierten Eisenbahner-Organisationen „Federace“, „Jednota“, „Unie“ und „Verband der Eisenbahner“ befaßte sich in seiner heutigen Sitzung eingehend mit der durch den vom Finanzminister beantragten 15prozentigen linearen Gehaltsabbau nunmehr entstandenen Situation.

Der Ausschuß stellt vor allem fest, daß die koalitierten Eisenbahner-Organisationen auf Grund des Ergebnisses der letzten Krankenstimmwahlen der tschl. Staatsbahnen 170.000 aktive und pensionierte Eisenbahnbedienstete vertreten und somit die größte Aktionsgemeinschaft von Staatsbediensteten sind.

In Anbetracht der nunmehr gegebenen Situation beschloß der Ausschuß, zunächst eine gemeinsame Plenarversammlung der Mitglieder der koalitierten Organisationen für Freitag, den 21. Oktober l. J. nach Prag einzuberufen. Gleichartige Versammlungen ab Sonntag, den 23. Oktober und die folgenden Tage beschloß der Ausschuß in Pilsen, Kojchau, Bilsen, Königgrätz, Brünn, Olmütz, Brunn, Mähr.-Sittau, Jvolec, Komotau, Loun, Budweis, Trautenau, Jungbunzlau, Ruffig und Reichenberg abzuhalten.

In allen diesen Plenarversammlungen wird zum Antrage auf Kürzung der Gehälter vom Standpunkte der Eisenbahnbediensteten aus Stellung genommen werden, die mit Reg.-Edo. Nr. 15/1927 nicht einmal das mit dem Gehaltsgebe festgesetzte Minimum erreichen und die außerdem bei der Einführung des Weihnachtsbeitrages Verluste erleiden, d. h. durch Ersparungen für die Bedienung selbst mit aufkommen müssen.

Im Hinblick auf die von der sogenannten „Exekutive der öffentlichen Angestellten“ unternommene Aktion wurde zur Beachtung folgendes beschlossen:

Die bisherige Art des Vorgehens dieser Exekutive beweist immer mehr, daß durch ihre Taktik mit Hilfe der niederen Bediensteten und mittleren Beamten die Interessen der hohen Beamtenschaft geschützt werden sollen, die einzig und allein durch das Gehaltsgesetz gewonnen hat. Aus diesem Grunde fordert der Ausschuß die Mitgliedschaft und Funktionäre auf, sich nur an der von den koalitierten Organisationen veranstalteten Aktion zu beteiligen.

Der Ausschuß der koalitierten Eisenbahner-Organisationen.

Schweres Zugunglück bei Temesvar.

18 Tote, zahlreiche Schwerverletzte.

Temesvar, 17. Oktober. In der Umgebung der Stadt hat sich ein schweres Eisenbahnunglück ereignet, das 18 Tote und viele Verwundete forderte.

Der Zug hatte um 5 Uhr 40 Temesvar verlassen. Er war in der Hauptsache mit Arbeitern besetzt, die sich auf dem Heimwege befanden. Etwa 1,5 Kilometer hinter dem Bahnhof sprangen die zwei letzten Wagen beim Passieren einer Weiche aus den Schienen und stürzten um. Die zwei Wagen, ein Personen- und der Postwagen, wurden noch etwa 50 Meter mitgeschleift.

Von den 35 Insassen wurden 17 auf der Stelle getötet, die übrigen zum größten Teil schwer verletzt. Man befürchtet, daß zwölf Verletzte nicht mit dem Leben davonkommen werden. Der Weichensteller wurde festgenommen. Es steht jedoch bisher nicht fest, ob ihm eine Schuld trifft, da es sich um eine automatische Weiche handelt.

Gründung eines sozialistischen Arbeiter-Operantienbundes. Am 9. Oktober fand im Volkshaus in Kuffig die konstituierende Bundesversammlung des „Tschchoslowakischen Arbeiter-Operantienbundes“ statt. Die Versammlung war gut besucht. Gen. Storch sprach über die Bedeutung des Operantien in der internationalen Arbeiterbewegung als Verbindung und Kampfmittel. Der „Tschchoslowakische Arbeiter-Operantienbund“ ist auf sozialistischer Grundlage aufgebaut. Neben dem Zweck und die Ziele des Bundes wird im Statut unter anderem gefolgt: „Praktische Verwendung des Operantien im Interesse der freien Gewerkschaften, der Kulturorganisationen sowie der gesamten sozialistischen Arbeiterbewegung.“ Der Bund bedeutet somit ein neues Glied in der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Tschchoslowakei. Seine Tätigkeit erstreckt er über das ganze Staatsgebiet. Mitglied des Bundes können alle Operantien ohne Unterschied des Geschlechtes werden, die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, einer freien Gewerkschaft, oder einer Kulturorganisation sind, bezw. der sozialistischen Arbeiterbewegung nicht gegenüberstehen. In der Tschchoslowakei gibt es viele hundert Arbeiter-Operantien, die bis jetzt keine Gelegenheit hatten, sich organisatorisch zusammenzuschließen. Durch die Gründung des „Tschchoslowakischen Arbeiter-Operantienbundes“ sind die Voraussetzungen für die organisatorische Zusammenfassung der Arbeiter-Operantien gegeben. Die Adresse des Bundes lautet: „Cechoslowska Laborista Klocka Operantia, Kuffig, Langgasse 38.“

Kurs für Feizer und Maschinewärter. An der Gewerbebeschäftigung der Handels- und Gewerbetreibender findet bei hinreichender Beteiligung in der Zeit vom 3. bis 23. November 1932 ein dreiwöchiger ganztägiger Kurs für Feizer und Maschinewärter statt. Der Kursbeitrag ist einschließlich der Unfallversicherung mit K 55.— festgesetzt. Die ausserordentlichen Teilnehmer haben auf den Staatsbahnen Anspruch auf den halben Fahrpreis. Die ungeheuren Aufnahmegerüche sind bei der Handels- und Gewerbebeschäftigung in Reichenberg einzubringen. Den Bewerbern wird empfohlen, der Anmeldung ein ungefehltes, an das Handelsministerium gerichtetes Ansuchen um eine Kurs- und Reiseunterstützung samt einem Mittellosigkeitszeugnis beizuschließen. Nähere Auskunft erteilt die Gewerbebeschäftigungsamt der Handels- und Gewerbebeschäftigung in Reichenberg, Marktstraße 3.

Leidengraber. Das Gericht in Helsingfors verurteilte mehrere Mitglieder einer deutschen Bauernseite, die unter Beschuldigungsmord aus den Gräbern finnischer Kirchhöfe Leichen ausgegraben hatten, zu größeren Gefängnisstrafen. Als vor längerer Zeit bei einer Waldquelle in der Nähe von Helsingfors zahllose Leichen gefunden wurden, glaubte man, einem grausigen Massenmord auf die Spur gekommen zu sein. Die kriminalpolizeiliche Ermittlungsarbeit hat nun zu einem anderen Ergebnis geführt: die jetzt verurteilten Mitglieder jener deutschen Bauernseite hatten Leichenreste „gegraben“ und gesammelt, um sie zu Heilbeschwörungen, Zaubereien und Schatzgräberarbeiten zu verwenden.

Die Mücke als Golddetektiv. Eine Mücke wurde dieser Tage einer Schmugglerin in Jägerndorf zum Verhängnis. Die Frau Mücke mehrmals von Jägerndorf nach Leobditz zu fahren, ohne daß der Zollbeamte etwas aufgefallen wäre. Letztlich stellte nun ein solcher Beamter zu seinem Erschrecken fest, daß die Dame feinerlei Anstalten machte, eine Mücke, die sich in ihr Auge verirrt hatte, zu entfernen. Die Frau wurde darauf von einer Beamtin untersucht, wobei sich zwar in den Kleidern feinerlei Schmuggelgut fand, dafür aber barg das Glasauge, denn um ein solches handelte es sich, eine Menge von Brillanten! Die Schmugglerin hatte also einen Trick benutzt, der in der Schmugglerwelt nicht unbekannt ist.

Eine seltsame Leidenschaft. Ein fünfzigjähriger Großgrundbesitzer und Millionär aus Modena wurde verhaftet, weil er sein Vergnügen daran fand, Frauen und Mädchen zum Abschnellen der Haare zu veranlassen. Er zahlte für das Zusehen beim Entfernem des Kopfes fünfzig Lire, und fünfshundert Lire, wenn sich die Frauen vollkommen kahl rasieren ließen. Die Polizei ermittelte mehr als hundert Frauen, die für Geld dieses Opfer brachten.

Familientragödie. Lody, Der Arbeiter Tim, ein berüchtigter Alkoholik, versuchte im Streit seine Frau zu erwürgen. Er wurde hierbei von einer Tochter, die zur Verteidigung ihrer Mutter herbeigeeilt war, ernstlich verletzt. Sie wurde verhaftet.

Wo sitzen Brust und Leib? Im Brachischen Badeanzug-Erlass steht wörtlich: „Frauen dürfen öffentlich nur baden, falls sie einen Badeanzug tragen, der Brust und Leib an der Vorderseite des Oberkörpers vollständig bedeckt.“

Brust und Leib an der Hinterseite des Oberkörpers dürfen also unbedeckt bleiben. Aber vielleicht läßt sich Herr Bracht von einem Predigamtscandidaten darüber informieren, daß auch die weiblichen Menschen Brust und Leib nur an der Vorderseite des Oberkörpers haben.

Ein Polarforschungsboot von Seeriesen. In Venigrad ist der wissenschaftliche Mitarbeiter des Zoologischen Museums der Akademie der Wissenschaften, Andrianow, angekommen, der acht Monate lang die Ueberreste von Riesentieren, die an der Küste der Ob-Pucht gefunden wurden, untersucht hatte. Gefunden hatten

diese Tiere Eskalimwöhner, die Neuenen. Einige Teile eines unbekanntes Seeriesen waren auf einem großen Gebiete langs der Küste der Halbinsel Jamal verstreut. Die Ueberreste, Knochen, Haut, Fett und Fleisch, hatten sich im ewigen Eis ausgezeichnet gehalten. Die Neuenen sammeln seit 1901 systematisch das Fett dieses unbekanntes Seeriesen. Andrianow

ist der Ansicht, daß das ganze Gebiet augenscheinlich in der Urzeit von einer gewaltigen Herde von prähistorischen Walfischen bewohnt war. Für das Zoologische Museum hat Andrianow Muster von Knochen, Fett und Haut mitgebracht. In der nächsten Zeit wird eine große Expedition organisiert, die den Friedhof der Seeriesen genauer erforschen wird.

Scheidungsschieber.

Aufdeckung eines ungeheuren Betruges in Montevideo.

Buenos Aires, Anf. Oktober. (Eig. Ber.) Die Carretadampfer, die den Verkehr zwischen Buenos Aires und der benachbarten uruguayischen Hauptstadt Montevideo vermitteln, tragen im Volksmund den Beinamen „Scheidungs-dampfer“ oder „Heiratsdampfer“. Daß im liberalen Montevideo (im Gegensatz zu Buenos Aires) leicht geschieden wird, veranlaßt nämlich alljährlich zahlreiche Personen, denen die Ehe zur Hölle geworden ist, sich am jenseitigen Ufer des Rio de La Plata der geschlichen Ketten zu entledigen, die ihnen das Leben zur Qual machen.

Eine Industrie blüht auf . . .

Verheiratete Personen haben es nun verstanden, aus reichlich vorhandenem Scheidungsbedürfnis Kapital zu schlagen. Es war nämlich in der letzten Zeit gar nicht mehr nötig, sich persönlich nach Montevideo zu begeben, um rasch und schmerzlos geschieden zu werden — vorausgesetzt, daß man über genügend Geldmittel verfügte. Hatte einer Geld, so brauchte er nur einen bestimmten Betrag an eine bestimmte Adresse in Montevideo zu übermitteln, um nach kurzer Zeit die Ehescheidungs-Bescheinigung und, wenn gewünscht, auch die Bescheinigung des Eingangs einer neuen Ehe, von der er sich mehr Glück als von der ersten versprach, postwendend zu erhalten. Es wurde geschieden und wieder geheiratet, ohne daß diejenigen, die es in erster Linie anging, sich die Unkosten der Ueberfahrt auf dem Carretadampfer zu machen brauchten. Diese Spesen stecte dafür der „legale“ Vertreter in Montevideo ein.

Die Dame aus Rosario.

Es war nicht die fleißig am La Plata scheinende Sonne, sondern ein argentinischer Rechtsanwalt, der den Schwindel an den Tag brachte: Die Scheidungsschieber konnten dingfest gemacht werden, sie sehen ihrer Bestrafung entgegen.

Eine Dame aus Rosario, Gattin eines wohlhabenden Kaufmanns, war in Montevideo geschieden worden, ohne daß sie eine blasse Ahnung davon hatte und ohne daß sie überhaupt in Montevideo war. Indes geht aber aus den Akten der Ehescheidung hervor, daß diese „geschiedene Frau“ bei allen Verhandlungen vor dem uruguayischen Gerichte in Montevideo vertreten war. Der argentinische Rechtsvertreter dieser „Geschiedenen“ begab sich nun selbst nach Montevideo, und es war ihm sehr leicht, nachzuweisen, was für ein ungeheurer Betrug mit seiner Mandantin und mit vielen tausend anderen Personen vor der uruguayischen Justiz, — mit Hilfe betrügerischer Anwälte, die von gekauften falschen Zeugen gemacht wurden — verübt

worden ist. Geschiedene Personen, die sich auf Grund eines betrügerischen Verfahrens wieder verheiratet haben, gelten nach argentinischem Gesetz als nicht verheiratet, ihre Kinder sind nach dem Gesetz unehelich und es wird langwieriger Schritte bedürfen, um hier wieder legale Zustände zu schaffen.

Die beiden Hauptscheider.

Die von den Mitgliedern des Obersten uruguayischen Gerichtshofes geleitete Untersuchung hat ergeben, daß sich vor dem Bezirksgericht, das der Leitung eines gewissen Doktor Moreno unterstand, die beiden „Hauptscheider“, Denot und Teixeira, eines außerordentlichen Wohlwollens erfreuten. Ihre Dreistigkeit ging so weit, daß sie im Morenoschen Bezirksgericht ihr eigenes Büro unterhielten. Einer vertritt den klagenden Teil bei der Scheidung, der andere den beklagten Teil. Die Gerichtsangestellten gehorchten den Weisungen dieser beiden Betrüger, als ob sie in ihrer Hörigkeit ständen. Eine stattliche Zahl von Berufszugehörigen war angestellt, die wahrscheinlich ein festes monatliches Gehalt bezogen. An einem Tage wurde jede „bestellte“ Ehe geschieden, wurden die Kosten eingestrichen, wurden die auf Scheidung wartenden Personen amtlich benachrichtigt — es ging alles wie am Schnürchen! Im Zivilregister der 5. Section wurde die Komodie mit etwas vertauschten Rollen wiederholt. Dort vertrat die beiden Haupttäufelstüber die nun schon geschiedenen Personen und erledigten die neue Heirat.

„Trenulos verlassene Frauen“.

Denot und Teixeira haben die doppelte falsche Rolle gespielt, Personen aus Argentinien erst scheiden zu lassen und dann wieder zu verheiraten. Sie verfügen über einen Stab von Männern und Frauen, die ihnen für jede gewünschte Zeugnisaussage gegen klingenden Lohn zur Verfügung standen. Es traten Frauen vor Gericht auf, die die Rolle der Betrogenen oder der trenulos Verlassenen hervorragend spielten, während sie in Wirklichkeit nur im Auftrag ihrer Arbeitgeber die jeweils dienliche Rolle markierten. Man ließ auch Akten aus Buenos Aires kommen und sandte sie wieder zurück, alles nur, um einen formalen und legalen Weg vorzutauschen. Natürlich konnte dieser Betrug nur glatt gelingen, weil sich zahlreiche Personen der Justizverwaltung blind stellten. Eine Scheidung, deren gesetzliche Erledigung sonst etwa 18 Monate dauerte, wurde in 23 Tagen durchgeführt. Verschiedentlich sind sogar Gerichtangestellte — natürlich unter falschem Namen — als Zeugen in Ehescheidungs-sachen aufgetreten.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Streiktreit bei der Fa. Kojcher in Georgswalde

Bei der Fa. C. A. Kojcher, Nordböhmisches Webstuhlwerk in Georgswalde sind am 14. Oktober sämtliche Formner und Stahlarbeiter in den Streik getreten.

Die Ursache des Streikes ist folgende. In Reuzersdorf in Sachsen sind am 7. Oktober die Formner und Stahlarbeiter derselben Firma wegen untertätiger Bezahlung in den Streik getreten, welcher vom Deutschen Metallarbeiterverband geführt wird. Die Firma, die einen ziemlich großen Auftrag hat — man spricht von 486 Webstühlen nach Indien — verfuhrte nun, da sie in Deutschland keine Streikbrecher erhalten konnte, die Arbeit in Georgswalde fertig-

stellen zu lassen, wozu sie die Modelle schaffen ließ. Die Formner lehnten diese Arbeit als Streikarbeit ab, worauf die Firma die Formner wegen Verweigerung der Arbeit entließ. Die nicht von der Entlassung betroffenen Arbeiter haben daraufhin die Arbeit niedergelegt.

Eine Versammlung der Arbeiterschaft stellte drei Forderungen auf:

1. daß die Streikarbeit zurückgezogen wird,
2. daß sämtliche Arbeiter wieder eingestellt werden,
3. daß die Bezahlung der Arbeiterschaft in Georgswalde nach dem Vertrag der Eisenschmiedegruppe erfolgt.

Die Firmenleitung wendete sich an Kojcher selbst, welcher alle Forderungen ablehnte. Der Streik ist lächerlos. Wir werden auf die Angelegenheit noch zurückkommen.

Zug von Formnern, Maschinenformern und Stahlarbeitern nach Georgswalde ist strengstens fernzuhalten.

Tiere machen sich schön.

Tiere können in vielem unsere Lehrmeister sein, jedenfalls haben sie manche Errungenschaften unserer Zeit, auf die wir stolz sind, längst vorweggenommen.

Ein Vogel legt zum Beispiel allegrößten Wert auf die Pflege seines Gefieders. Er glätzt und strahlt es unermüdet mit dem Schnabel und nimmt die Gelegenheit zu baden wahr, wo er sie nur findet; wenn man ihm ein Gefäß mit Wasser ins Freie stellt, plätschert er nach Vergessenheit darin herum. Selbst im Winter verschmähen die Vögel ein Bad nicht. Wenn man ihnen ein Schälchen mit warmem Wasser hinstellt, werden sie die willkommenste Gelegenheit gern benutzen.

Sperlinge und Hühner sind dafür bekannt, daß sie Sandbäder lieben. Sie heben die Federn und wühlen richtig in dem trockenen Sand, so daß dieser an ihre Haut kommt. Wahrscheinlich wird die Haut dadurch regelrecht fettiert, massiert und gereinigt.

Wenn wir unserm Haar mit Brillantine Glanz verleihen, so haben auch Enten und Schwäne ein ähnliches Mittel, nur brauchen sie

es nicht erst in der Drogerie zu kaufen. Die haben an der Schwanzseite eine Drüse, die eine ölige Flüssigkeit absondert, die die Federn glatt macht, so daß das Wasser an ihnen abläuft.

Der Mo-Ro, ein peruanischer schöner Vogel mit langem, leuchtend blauem Schwanz ist sein eigener Feind. Sobald die Schwanzfedern eine Länge von etwa sechs Zentimetern erreichen, knipst er sie mit dem Schnabel ab, vielleicht zwei Zentimeter ab, so daß ein stielharter Schwanzbüschel stehen bleibt.

Die Bienen, die bei ihrer Arbeit so wesentlich auf ihre zornige Kopfschale angewiesen sind, dürfen diese mit Eifer und Hingebung, und zwar mit ihren Vorderfüßen, die zu diesem Zweck mit einem reaktiven Kanon versehen sind. Bei den Ameisen sind die Füße sogar außer den Rämmen auch noch mit Bürsten ausgestattet, es ist also in weitem Maße auf die Eitelkeit Rücksicht genommen.

Der fliegende Fischhäse aus Südostasien hat Zähne, die genau wie ein Kammer geformt sind und mit denen er seinen dicken Pelz kammert.

Elefanten und Rhinoceros wälzen sich mit Vorliebe im Schlamm, so daß ihr ganzer Körper mit Schlamm bedeckt ist. Der Schlamm trocknet



Eine interessante Aufgabe

stellt der PALABA-Photoweltbewerb.

I. Preis K 1000.—
 II. " " 500.—
 III. " " 300.—
 und viele Trostpreise in Waren sind zu erringen.

Näheres erfahren Sie in unseren Niederlagen:
 Prag I, U Obecnih domu 1,
 II, Vladislavova 17 und Bredovská 4, Brünn, Jodokstraße 5 und Na Bažtách 4, Bratislava, Stürgasse 7,
 oder direkt von der Firma PALA, A. G. Elemente- und Batteriefabrik, Schlan.

Das Handelsministerium gegen die Konsumgenossenschaften.

In der Kampffront, die von der Privatswirtschaft auf der ganzen Linie gegen die Selbsthilfsorganisationen der Verbraucher entrollt wird, hat sich nun, wie wir der „Konsumgenossenschaft“ entnehmen, auch das Handelsministerium eingeschrieben. Nicht genug damit, daß die Gewerbetreibenden, die private Kaufmannschaft sich aller Mittel, selbst auch der anrühmigen, bedienen, um gegen die Konsumgenossenschaften in aller Öffentlichkeit zu brechen, nicht genug damit, daß die Steuerbehörden allenfalls bemüht sind, die Besteuerungsgrundlage der Konsumgenossenschaften zu verkleinern, nicht genug damit, daß von seiten einzelner Behörden versucht wird, Konsumgenossenschaften durch eine eungerige Auslegung des § 88 des Genossenschaftsgesetzes den Garaus zu machen, hat sich jetzt auch das Handelsministerium offenbar zum Ziele gesetzt, den Wünschen der privaten Kaufmannschaft, die auf eine Beseitigung der ihnen unbehaglichen Konkurrenz der Konsumgenossenschaften hinwirken, in seinem Wirkungsbereich zu entsprechen. Trotzdem die Konsumgenossenschaften hinsichtlich der behördlichen Aufsicht dem Ministerium für soziale Fürsorge unterstehen, hat es das Handelsministerium für notwendig erachtet, in einem Erlass an alle Landesbehörden zu verfügen, daß gegen die Konsumgenossenschaften mit besonderer Schärfe eingeschritten werden soll, wenn sie an Nichtmitgliedern verkaufen.

Mit diesem Erlass will das Handelsministerium den Kaufleuten entgegenkommen. Den Kaufleuten ist es natürlich nicht so sehr darum zu tun, durch diesen Erlass des Handelsministeriums zu verhindern, daß die Konsumgenossenschaften an andere als an Mitglieder verkaufen. Das tatsächliche Ziel und die unausgesprochene, aber vorhandene Absicht der Herren ist es, Straferekenntnisse gegen die verantwortlichen Leiter der Konsumgenossenschaften dazu zu benutzen, damit die Besteuerungsgrundlage der Konsumgenossenschaften verschlechtert werde. Die Genossenschaften haben nun von seiten des privaten Handels eine erhöhte Tätigkeit in der angeordneten Richtung zu erwarten. Es gilt, alle Maßnahmen zur Vereitelung der Absichten unserer Gegner zu treffen.

„Freundschaft“
 der Kalender
 der Arbeiterindep.
 achört in jede proletarische Familie!

Dann zu einer harten Kruste und nimmt beim Abfallen das Ungeziefer mit weg, das die Dichthaute quält. Die Klugheit der Elefanten macht sich nämlich auch bei dieser Körperpflege geltend. Er pflegt nämlich mit dem Rüssel Rohr abzubrechen; jedes Stück betrachtet er prüfend. Wenn es seinem Zweck nicht entspricht, wirft er es weg und bricht ein neues Stück ab. Hat er endlich ein passendes Rohr gefunden, so hält er es mit dem Rüssel fest und kriegt sich damit in der Hautfalte, in der sich eine Elefantentasche festgesetzt hat, die er auf andere Weise nicht beseitigen kann.

Die scharfe Jange der Rahe ist Bürste und Kammer zugleich. Das weiche Regenfellchen wird durch das eifrige Putzen glänzend und leuchtend. Diese Art der Haarpflege erscheint sehr wirksam.

Fliegen leben wir minutenlang dasitzen und mit größtem Eifer mit den Hinterbeinen die Flügel glätten, in einer gleichmäßig rhythmischen Bewegung, die aussieht, als müßte sie die Tiere sehr anstrengen. Wahrscheinlich befreien sie die Flügel auf diese Weise von beschwerenden Anhängeln wie Staub oder Feuchtigkeit, die ihnen beim Flug hinderlich sein würden, außerdem befinden sich auf den Flügeln kleine Lebewesen die ihnen als Nahrung dienen.

Ernst Werner.

